

**KONFERENZ DER KANTONALEN
FINANZDIREKTORINNEN
UND FINANZDIREKTOREN**

Kommission für Verkehr und Fern-
meldewesen des Ständerats
Herr Ständerat Olivier François
c/o Sekretariat der KVF
Parlamentsgebäude
3003 Bern

Bern, 1. Juli 2016

15.3892 Motion Zanetti. Postfinance. Deregulierung des Finanzplatzes durch Aufhebung von Marktzugangsverboten. Stellungnahme.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren Ständerätinnen und Ständeräte

Im Hinblick auf Ihre Sitzung vom 5. September 2016 hat uns der Sekretär Ihrer Kommission, Herr Stefan Senn, am 7. Juni 2016 eingeladen, zu randvermerkter Motion Stellung zu nehmen. Der Vorstand der FDK hat sich am 1. Juli 2016 mit dem Geschäft befasst. Er kommt Ihrem Wunsch gerne nach und nimmt wie folgt Stellung.

Antrag: Wir beantragen, die Motion abzulehnen.

Begründung:

Bereits in seinen Vernehmlassungsstellungen vom 23. März 2001 zum Bericht Gesamtpaket Post / Swisscom AG und vom 9. Mai 2008 zur Totalrevision des Postgesetzes und Postorganisationsgesetzes lehnte der FDK-Vorstand die Schaffung einer eigentlichen Postbank ab. Diese Position vertrat der damalige Präsident der FDK, Christian Wanner, anlässlich der Anhörung durch Ihre Kommission am 18. Juni 2009: Der Staat habe sich nicht in einem gesunden Markt zu etablieren, sondern dem Subsidiaritätsprinzip folgend nur dort eingzugreifen, wo Marktversagen vorliege oder Versorgungsziele nicht erreicht würden. Weder das eine noch das andere sei in der Schweiz der Fall. Es gebe keine Kreditklemme. Mit den Kantonal-, Regional- und weiteren Banken verfüge die Schweiz über ein dichtes und leistungsfähiges Bankensystem. Es herrsche in der Schweiz im Bankensektor ein Verdrängungswettbewerb und es sei sehr fraglich, ob eine Postbank im Retail-Banking genügend Rendite erwirtschaften könne. Die 2008 für die PostFinance vorgesehene „Umschreibung der Grundversorgung im Zahlungsverkehr, deren Ausgliederung in eine separate Tochtergesellschaft und Unterstellung unter die Aufsicht der Finanzmarktaufsicht (darf) kein Präjudiz für eine spätere Erweiterung des Geschäftsfelds der Postfinance ins eigentliche Bankgeschäft abgeben. Dass die Post eine Mehrheitsbeteiligung an der ausgegliederten Postfinance erhalten soll, ist aus politischen Gründen kurz-/mittelfristig nachvollziehbar. Längerfristig zögen wir indessen aus ordnungs- und risikopolitischen Gründen den Verzicht auf

Sekretariat - Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach, CH-3000 Bern 7
T +41 31 320 16 30 / F +41 31 320 16 33 www.fdk-cdf.ch

160701 Mo Zanetti Stn an KVF-S_DEF_D.docx

eine Mehrheitsbeteiligung der Post an der Postfinance vor.“¹ Der PostFinance sei es möglich, den Zahlungsverkehr entsprechend den Veränderungen des Markts und der Technologie weiterzuentwickeln. Die Risiken einer Finanztätigkeit lägen bekanntlich auf der Aktivseite der Bilanz und hier solle PostFinance davon bewahrt werden, durch den Eintritt in das Kreditgeschäft unnötig erhebliche Risiken auf sich zu nehmen. In Kooperation mit Dritten sei es ihr möglich, als Kommissionsgeschäft weitere Finanzprodukte anzubieten. Der entscheidende Punkt sei, dass die Risiken dabei nicht bei der PostFinance, sondern bei ihrem Finanzpartner lägen. Bezüglich der immer wieder behaupteten Anlageproblematik der PostFinance sei festzustellen, dass sie die erforderliche Flexibilität habe. Nach welchen Regeln, mit wie viel Risiko und welcher Anteil im Inland und Ausland angelegt werde, seien Ergebnis unternehmenspolitischer Entscheide. Dass viel Kapital im Ausland angelegt werde habe primär mit der höheren erwarteten Rendite zu tun.

Diese Gründe gegen den Einstieg der PostFinance ins Aktivgeschäft sind auch heute unverändert, zum Teil sogar verstärkt gültig:

- Der Verdrängungswettbewerb hat und wird sich mit dem Aufkommen des Internets (Stichwort: Fintech) und der verzerrenden, länger anhaltenden Tief- und Negativzinsphase weiter intensivieren und auf die Rendite der Finanzinstitute drücken, insbesondere auf ihre Marge im Zinsdifferenzgeschäft. Die von der Motion angestrebte Aufhebung des Verbots der Kredit- und Hypothekengewährung ist in diesem Umfeld betriebswirtschaftlich zu hinterfragen. Folgerichtig will die PostFinance „ihre Ertragsstruktur diversifizieren und neue Geschäftsfelder erschliessen, in denen wir zinsunabhängige Erträge erzielen können.“²
- Volkswirtschaftlich ist es für Bund und Steuerzahler nach der Einstufung der PostFinance als systemrelevantes Finanzinstitut offenkundig und noch riskanter geworden, wenn sie Kreditrisiken in ihren eigenen Büchern führte. Bund und Steuerzahler wird dadurch sichtbar eine implizite Staatgarantie auferlegt, deren Inanspruchnahme infolge der höheren Risikoexposition der PostFinance durch ihre Kreditvergaben wahrscheinlicher wird. Ein Hypothekarkreditanbieter von der Grösse der PostFinance könnte für die Schweiz zu einem zusätzlichen Klumpenrisiko werden. Die Gefahr eines Zinsschocks und eines Zerfalls der Immobilienpreise ist nicht gebannt.³ Eine grosse Vielzahl von gut eigenkapitalisierten Anbietern, die obendrein nicht *too big to fail* sind, ist am besten in der Lage, Risiken aufzufangen und von den Steuerzahlenden fernzuhalten. Die Bewältigung der Finanzkrise 2008 belegt dies. Diversifikation, Dezentralisierung und Föderalismus sind auch risikominimierende Ordnungsprinzipien.
- Der PostFinance ist es unbenommen, ihre Kooperationen namentlich mit inländischen Partnern zu diversifizieren und zu erweitern. Der in der Motion angesprochene Export von Marge ins Ausland ist nicht eine zwingende Folge des bestehenden Kreditvergabeverbots, sondern ein geschäftspolitischer Entscheid der PostFinance.
- Ebenso beruht der Anteil der Auslandsanlagen auf geschäftspolitischen Entscheiden der PostFinance. Die Aufhebung des Kreditvergabeverbotes führte nicht *a priori* zu einer Reduktion des Auslandengagements, welches angesichts der derzeitigen Überbewertung des Frankens zudem nicht zu stigmatisieren ist.
- Die Notwendigkeit eines weiteren Anbieters von Unternehmens- und Hypothekarkrediten ist heute angesichts hoher Liquiditätsbestände und Aktienrückkäufen von Unternehmen sowie dem 2015 weiter kräftig gewachsenen Hypothekarkreditvolumen noch weniger gegeben.

¹ http://www.fdk-cdf.ch/-/media/FDK_CDF/Dokumente/Themen/Finanzpolitik/Finanzmarkt/vn_postgesetz_d.pdf?la=de-CH

² Hansruedi Köng, CEO PostFinance AG, in Geschäftsbericht 2015, S. 6 (https://www.postfinance.ch/binp/postfinance/public/dam.9vZ0tgpJD106lYJaLqvnB3FdILZdLuH25tLdeWLBm4w.spool/content/dam/ebook/publication/report2015_info_de.pdf).

³ Vgl. z.B. Mediengespräch SNB vom 16.06.2016 (http://www.snb.ch/de/mmr/speeches/id/ref_20160616_zur/source/ref_20160616_zur.de.pdf).

Wir danken Ihnen für die Unterstützung unseres Antrags.

Freundliche Grüsse

**KONFERENZ DER KANTONALEN
FINANZDIREKTORINNEN UND FINANZDIREKTOREN**

Der Präsident:



Charles Juillard

Der Sekretär:



Dr. Andreas Huber-Schlatter

Kopie

- Bundesrat Ueli Maurer, Vorsteher EFD
- Mitglieder FDK (Mail)